

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Samstag, 19. Juli 1952

Blatt 1157

Sitzung des Wiener Gemeinderates

(Fortsetzung des Berichtes vom Freitag, den 18. Juli)

19. Juli (RK) Stadtrat Dkfm. Nathschläger referierte über die Bilanz der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1950 sowie über die Bilanzen des Brauhauses, der städtischen Bestattung und der Gewista. (Die RK berichtete darüber bereits am 15. Juli, Blatt 1120 bis 1122).

Über die Produktionsdaten der Wiener Stadtwerke nannte der Referent einige interessante Ziffern. Die Erzeugung von elektrischen Strom steigerte sich von 875 Millionen Kilowattstunden auf 939,447.000 Kilowattstunden. Während 1948 Neuanlagen in 18.354 Fällen geschaffen wurden, gab es 1949 19.835 Fälle und im Jahre 1950 21.165 Fälle. Die Gesamtzahl der elektrischen Zähler betrug 795.084, dies bedeutet eine Steigerung um 11.042 Zähler gegenüber 1949.

Bei den Gaswerken ist, gegenüber 1949 ein kleiner Rückgang in der Abgabemenge erfolgt. Die Zahl der Gasmesser hat sich jedoch um 30.225 erhöht, die Zahl der Pauschalanschlüsse um 22.832 vermindert.

Auch bei den Verkehrsbetrieben ist die Frequenz von 575,289.000 Fahrten im Jahr 1949 auf 531,7 Millionen im Jahre 1950 gesunken.

Um der Wiener Bevölkerung einen Überblick zu ermöglichen, was mit den eingenommenen Geldern geschieht, erläuterte der Referent einiges über die Investitionen bei den Stadtwerken. Ihr Wert betrug im Jahr 1950 212,5 Millionen Schilling, davon wurden allein für die Behebung von Kriegsschäden bei den E-Werken 24,2 Millionen Schilling verwendet, bei den Gaswerken 5,6 Millionen und bei den Verkehrsbetrieben 36,5 Millionen. Insgesamt machten die Investitionen seit 1945 bis einschließlich 1950 nicht

weniger als 538 Millionen Schilling aus.

Im einzelnen wurden im Jahre 1950 Investitionen im Kraftwerk Simmering der E-Werke durchgeführt, wie die Inbetriebnahme zweier Hochdruckkessel, Umbau der 110 KV Freiluftanlage und vieles anderes. Größere Arbeiten wurden auch in den Umspannwerken und Schaltwerken durchgeführt. Mit den Planungsarbeiten des Umspannwerkes West wurde begonnen.

Bei den Gaswerken wurden im Werk Simmering sowohl als auch in Leopoldau zahlreiche Arbeiten durchgeführt.

(Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, unterbricht an dieser Stelle die Ausführungen des Referenten und gestattet den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates in Anbetracht der vorgerückten Stunde die Sakkos abzulegen.)

Bei den Verkehrsbetrieben wurden die Bauarbeiten der Großgarage in der Engerthstraße fortgesetzt, sodaß sie Ende des Jahres in Betrieb genommen werden konnte. Ebenso wurde der Umbau des Betriebsbahnhofes Wienzeile fortgesetzt sowie die Kriegsschadenbehebung an einer Reihe von Betriebsbahnhöfen. In der Hauptwerkstätte sind 3.148 Triebwagen und 1021 Beiwagen repariert oder überholt worden. An neuen Linien konnte im Jahre 1950 nur die Linie 49 wieder eröffnet werden. Der Ausflugs- und Bäderverkehr wurde wesentlich verstärkt. Abschließend zum Thema Stadtwerke wies Stadtrat Dkfm. Nathschläger darauf hin, daß im Jahre 1950 der Verkauf von Strom um 18 Prozent, von Gas um 4 Prozent und die Verkehrsleistungen der Straßenbahn und Stadtbahn um 9 Prozent gestiegen sind. Er stellte hierauf die Anträge, die Vermögensrechnung und die Erfolgsrechnung der Wiener Stadtwerke zu genehmigen sowie den Verlust des Geschäftsjahres 1950 von 40,124.588,25 Schilling auf neue Rechnung vorzutragen.

Beim Brauhaus der Stadt Wien betrug der Gewinn 751.000 Schilling. Einem Ertragnis von 39.7 Millionen Schilling stehen Aufwendungen von 38.9 Millionen Schillinge gegenüber. Im Jahre 1950 war es möglich, einen um 20 Prozent höheren Umsatz als 1949 zu erzielen. Der Absatz betrug 146.400 Hektoliter gegenüber 124.078 Hektoliter im Jahre 1949.

Der Referent stellte hier die Anträge, den Rechnungsabschluß zu genehmigen, aus dem Jahresgewinn 100.000 Schilling an die Gemeinde Wien abzuführen und den verbleibenden Jahresgewinn auf neue Rechnung zur teilweisen Abdeckung des Reinverlustes aus den Vorjahren vorzutragen.

Bei der Städtischen Bestattung ist die fortschreitende Kommunalisierung besonders hervorzuheben. Im Jahre 1950 konnte vor allem das größte private Unternehmen Payer & Schmutzer sowie weitere Privatbestattungsunternehmen übernommen werden, sodaß nur mehr 6 private Unternehmen übrig blieben. Die Bestattungsleistungen stiegen auf 24.000 Fälle an.

Der Referent stellte den Antrag, die Vermögensrechnung der Städtischen Bestattung und die Aufteilung des Jahresgewinnes, wie im Verwaltungsbericht vorgesehen, zu genehmigen.

Über die Gewista sprechend, stellte Stadtrat Dkfm. Nathschläger ein verstärktes Werbebedürfnis der gewerblichen Wirtschaft fest. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Marktartikelfirmen wieder den Plakatanschlag benützen. Auch nach der "inneren Werbung" - in den Wagen der städtischen Straßenbahnen - herrscht verstärkte Nachfrage. Die Gebarung der Gewista schloß mit einem Nettogewinn von 107.900 S gegenüber 1949 mit 213.316 S. Auch hier stellte der Referent den Antrag, die Vermögens- und Erfolgsrechnung zu genehmigen.

Abschließend betonte Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß trotz verschiedener Hemmnisse, wie der Korea-Konflikt u.a., die Ergebnisse der Wiener Stadtwerke und der städtischen Unternehmungen zufriedenstellend seien. Der Erfolg der erzielt worden sei, ist nur dem guten Zusammenwirken der einzelnen Belegschaften der Unternehmungen zu danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Als erster Debatteredner sprach GR. Wicha (WdU). Er bemängelte verschiedene Unzukömmlichkeiten bei den Wiener Verkehrsbetrieben, die im Steigen der Beschwerdestatistik zum Ausdruck kommt.

Der Redner bemängelte ferner, daß die Umschaltung des Stromes fast gänzlich zu Lasten der Konsumenten geht. Er forderte, daß die E-Werke einen überwiegenden Teil der Kosten tragen sollten.

GR. Wicha verlangte weiter einen Bericht über die Erfahrungen beim gemeinsamen Inkasso von Strom und Gas.

Der Referent richtete am Schluß seiner Ausführungen eine Beschwerde gegen die Gewista. Diese hätte seiner Partei die Anbringung eines Zeitungsschaukastens verweigert, während sie dies anderen Parteien gestatte. Eine Folge von solchen Gepflogenheiten sei dann eben das wilde Plakatieren.

Seine Partei werde aber trotz der aufgezeigten Mängel in der Gebarung der Wiener Stadtwerke für den Rechnungsabschluß

stimmen.

GR. Dr. Soswinski (LBL.) bemerkte einleitend, daß das Defizit der Wiener Stadtwerke konstruiert sei. Nicht nur, daß die Wiener Stadtwerke Abschreibungen vornehmen, schafft sie gleichzeitig Erneuerungsrücklagen und nimmt Pensionsrücklagen vor. Dies alles dient dazu, um sich neben den normalen gesetzlich fundierten Abschreibungen zusätzliche Beträge zu verschaffen. Ein solcher Vorgang ist jedem österreichischen Unternehmer verboten.

GR. Dr. Soswinski brachte in diesem Zusammenhang einen Beschluß- und Resolutionsantrag ein, der den zuständigen Stadtrat auffordert, unverzüglich die Tarife der städtischen Unternehmungen überprüfen zu lassen und dafür zu sorgen, daß dem Gemeinderat ehestens Anträge auf Herabsetzung der Tarife vorgelegt werden.

Über den Ausbau der Kraftwerke in Österreich sprechend, wies der Redner darauf hin, daß vor allem im Westen Österreichs die Wasserkräfte ausgebaut, hingegen der Osten Österreichs sehr stiefmütterlich behandelt würde. Dies sei eine große Benachteiligung Wiens, da die Wiener durch den teuren Bezug des Stromes auf die Dauer Schaden erleiden. Die Bevölkerung fordert aber in erster Linie Verbilligung der Tarife.

Bei der Gasversorgung fordert GR. Soswinski die völlige Umstellung auf den Erdgasbezug.

Da die Gebärung der Wiener Stadtwerke nicht auf eine Verbilligung der Tarife hinziele, könne seine Fraktion dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen.

GR. Marek (SPÖ) versuchte vor allem die positiven Merkmale des Rechnungsabschlusses der Wiener Stadtwerke aufzuzeigen. Er verwies auf den gesteigerten Stromverbrauch, der auf keinen Fall zu pessimistischen Vergleichen Anlaß gebe. Der Stromverbrauch des Jahres 1950 ist gegenüber 1949 um 7.3 Prozent gegenüber 1937 um 81.5 Prozent gestiegen.

Es sei zu begrüßen, daß sich die Stadtwerke mit einem namhaften Betrag an der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft der Wiener Stadtwerke beteiligen. Sie haben 1950 den Grundstein zum Bau von 487 Wohnungen gelegt, von denen im Juli 1952 bereits 173 Wohnungen an die wohnungsbedürftigen Angestellten der Verkehrsbetriebe vergeben wurden.

Wichtig ist ferner hervorzuheben, daß im Jahre 1950 die Um-

stellung auf inländische Brennstoffe begonnen und erfolgreich vorwärtsgetrieben wurde.

Weiter betonte GR. Marek, daß Wien an der Spitze jener Städte mit erhöhtem Gas- und Stromverbrauch stehe. Dies sei ein Ausdruck erhöhten Kulturbedürfnisses.

Der Redner machte dann auf einen Übelstand aufmerksam, und zwar, daß von einer Besatzungsmacht das Ablesen des Stromverbrauches nicht gestattet werde. Dies bedeute einen gewaltigen Verlust für die E-Werke. Der Redner weist darauf hin, daß bei den E-Werken die offenen Rechnungen der sowjetischen Besatzungsmacht für das Jahr 1950 einen Betrag von 7,9 Millionen Schilling ausmachen. Insgesamt sind bis 30. Juni 1952 rund 16,2 Millionen Schilling ausständig. Auch die Gaswerke haben bis jetzt eine offene Post von 1,8 Millionen Schilling. Ebenso sind einzelne exterritoriale Betriebe mit der Bezahlung von Rechnungen sehr im Rückstand.

Der Redner erinnert auch daran, daß die Verkehrsbetriebe aus Amerika 45 Großraumwagen bezogen haben, wodurch gegenüber den heutigen Preisen 47 Millionen Schilling erspart werden konnten, trotzdem haben die Kommunisten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen die amerikanischen Großraumwagen Stellung genommen.

GR. Marek wendet sich ferner gegen das wilde Plakatieren und betont, daß die Gewista bisher keine Bewilligung für die Anbringung von Schaukästen u.a. gegeben hat.

Bei der Bestattung bezeichnet der Redner als erfreulich, daß die Kommunalisierung fast abgeschlossen werden konnte. Der unwürdige Konkurrenzkampf am Totenbett hat damit aufgehört.

Abschließend stellt GR. Marek fest, daß die Wiener Stadtwerke einen wesentlichen Teil zur Vollbeschäftigung der Arbeiterschaft dieser Stadt beigetragen haben.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger geht in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Debattenredner ein. Er erklärt zunächst, daß der Frequenzrückgang bei den Verkehrsbetrieben gegenüber 1947 und 1948 verständlich sei, weil damals außergewöhnliche Zeiten waren.

Wenn das E-Werk die Kosten der Umschaltung auf Drehstrom tragen sollte, müßten die Tarife erhöht werden.

Die Erfahrungen mit dem gemeinsamen Strom- und Gasinkasso waren sehr gut. Im dritten Bezirk wurden 77 Prozent der Rechnun-

gen gemeinsam beglichen und im 16. Bezirk sogar mehr als 80 Prozent gleichzeitig bezahlt. Man hat daher die Absicht, das gemeinsame Inkasso allmählich in ganz Wien einzuführen.

Der Redner stellt richtig, daß nicht nur bei der Bestattung Preissenkungen durchgeführt wurden, sondern auch bei Gewista und beim Landwirtschaftsbetrieb.

Dkfm. Nathschläger spricht sich gleichfalls gegen das wilde Plakatieren aus.

Zu der Bemerkung von Dr. Soswinski über einen "großangelegten Versuch" statt eines Gewinnes einen Verlust auszuweisen, stellt der Referent fest, daß die Ziffern des Redners nicht den Tatsachen entsprechen. Den Antrag von Dr. Soswinski empfahl er der Ablehnung. Wegen der Wasserkraftwerke verweist Stadtrat Dkfm. Nathschläger darauf, daß Wien seit Jahren ein Glied der gesamtösterreichischen Verbundwirtschaft ist.

Zu den Ausführungen von GR. Marek über die Schulden der sowjetischen Besatzungsmacht verweist der Referent noch darauf, daß die sowjetische Mineralölverwaltung auf den Wiener Lokalbahnen nicht weniger als 6 Millionen Schilling schulde.

Abschließend sagt der Referent, daß man nach Besprechung des Voranschlages 1950 mit Recht sagen könne, daß in diesem Jahr erfolgreich gearbeitet wurde, und daß die Mitglieder des Wiener Gemeinderates als verantwortungsbewußte Mandatäre ruhig vor die Bevölkerung hintreten können und ihr das Urteil über die geleistete Arbeit überlassen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen, der Antrag des Linksblockes abgelehnt.

Über ein Budgetprovisorium für das erste Viertel des Wirtschaftsjahres 1952/53 für den Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien und die Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg referierte gleichfalls Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er wies darauf hin, daß das Wirtschaftsjahr dieses Betriebes mit 1. Juli beginnt und daher das Budget mit dem 30. Juni hätte erstellt werden sollen. Dies ist aber nicht gelungen, weil eine Reihe wichtiger Komponenten nicht bekannt gewesen sind, wie z.B. der Getreidepreis und der Milchpreis. Dazu kamen noch Lohnforderungen der Gewerkschaft. Der Referent stellte daher den Antrag, daß der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1952 die im Betrieb unbedingt notwendigen Aufgaben vollziehen könne.

GR. Dr. Altmann (LBl.) bemängelt, daß der Landwirtschaftsbetrieb vom 1. Juli an ohne jede Ermächtigung gewirtschaftet hat, und sagte, daß seine Fraktion daher gegen den Antrag des Referenten stimmen werde.

In seinem Schlußwort sagt der Referent, daß man hier leider den Kommunisten einen Anlaß gegeben habe, um für die Ablehnung zu stimmen. Es handle sich in diesem Fall ausnahmsweise um ein Versehen. Das Provisorium wurde jedoch vom Ausschuß rechtzeitig verabschiedet.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Vizebürgermeister Honay referierte über eine Änderung in der Gehaltsordnung für die Bediensteten der Stadt Wien und eine Vorschußzahlung. Er wies darauf hin, daß der Landtag heute ein Gesetz beschlossen habe, das die Bezüge der in Schema I Bediensteten einer Änderung unterzieht. Darin sind jedoch die Vertragsbediensteten nicht enthalten. Im Interesse einer gleichartigen Behandlung soll nun das im Landtag beschlossene Gesetz auch auf die Vertragsbediensteten ausgedehnt werden. Wegen der Einspruchsfrist der Alliierten bei diesem Gesetz soll ferner der Magistrat ermächtigt werden, Vorschüsse auszusahlen. Der Referent teilte auch mit, daß der Mehraufwand durch diese Mehrregelung beim Magistrat 900.000 Schilling und bei den Unternehmungen 1,6 Millionen Schilling ausmacht.

GR. Dr. Altmann (LBl.) beantragte zunächst, weil es sich um grundverschiedene Dinge handle, die Abstimmung getrennt vorzunehmen. Zum ersten Teil der Vorlage stellte er einen Antrag, daß die Forderungen der Vertragsbediensteten auf Erhöhung ihrer Bezüge in nächster Zeit erfüllt werden, ferner einen Antrag an Stelle der zwei Schemata der Vertragsbediensteten ein Einheitschema geschaffen werde. Schließlich stellte er auch den Antrag, daß keinerlei Bezugsverminderung mit der Neuschaffung von Aufsatzstufen verbunden werde. Ebenso stellte der Redner die entsprechenden formellen Abänderungsanträge.

In seinem Schlußwort spricht sich Vizebürgermeister Honay für die gesonderte Abstimmung aus und empfiehlt die Anträge des Debattenredners der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung, die formellen Abänderungsanträge ersucht er abzulehnen.

Bei der Abstimmung werden die formellen Abänderungsanträge abgelehnt, der erste Abschnitt der Vorlage ohne die Stimmen des

Linksblockes angenommen, der zweite Abschnitt, der die Vorschußzahlungen betrifft, einstimmig angenommen und die Resolutionsanträge des Linksblockes der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Über die Gewährung einer Subvention von 50.000 S an die Katholische Jugend Österreichs anlässlich der "Internationalen Woche der Katholischen Jugend" referierte Stadtrat Resch.

GR. Lauscher sprach sich namens seiner Fraktion gegen die Gewährung dieser Subvention aus, da die Veranstaltung nicht den Interessen unserer Stadt diene. Sie diene so wie das Sozialistische Jugendlager im Hörndlwald der Popularisierung des Europagedankens, und im weiteren Sinn der Schaffung einer Europaarmee. Die Ausführungen des GR. Lauscher werden oftmals von lebhaften Zwischenrufen unterbrochen.

Der Redner kritisierte abschließend, daß der Freien Österreichischen Jugend zur Abhaltung eines Kulturwettbewerbes die Gewährung einer Subvention versagt wurde.

Stadtrat Resch erwiderte in seinem Schlußwort, daß er in der Gewährung dieser Subvention keine Gefahr für den Frieden dieser Stadt erblicke. Im Gegenteil sei er der Überzeugung, daß sie im Interesse des Ansehens unserer Stadt und im Interesse des Fremdenverkehrs gewährt werden müsse.

Diese Post der Tagesordnung wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als nächster Punkt gelangte die Gewährung einer Subvention von 33.000 S an den Wiener Rennverein zur Deckung der Geldpreise sowie des Ehrenpreises für das stattgefundene Rennen um den Preis der Stadt Wien zur Debatte. Der Berichterstatter Stadtrat Resch führte aus, daß diese Veranstaltung mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr förderungswürdig sei. Außerdem sei dies eine langjährige Übung.

GR. Dr. Matejka (LBl.) meinte, daß diese Summe eine bessere Verwendung bei der Krebsforschung finden würde. (Während seiner Ausführungen verlies der größte Teil der Gemeinderäte der anderen Fraktionen den Saal.) Hätte man seine bisherigen Empfehlungen befolgt, hätte der Krebsbekämpfung bereits ein namhafter Betrag zur Verfügung gestellt werden können. Die bisher aufgewendeten Gelder seien unzureichend, um eine wirkliche Lösung des Problems zu erreichen. Seine Fraktion werde solange ihre Stimme erheben, bis die Wiener Gemeindeverwaltung ihre Pflicht auf die-

sen Gebiete erfüllt hätte, bis Wien nicht eine Stadt der Pferde, sondern eine Stadt der Medizin und der Krebsbekämpfung werde.

Der Redner bracht einen Abänderungsantrag ein, der dahin lautet, diese Subvention nicht dem Wiener Rennverein, sondern der Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Resch verwies in seinem Schlußwort auf Ausführungen namhafter Mediziner, die in der Laienhaften Feststellung des Krebses nur eine Gefahr für diese Krankheit sehen. Er ersuchte GR. Dr. Matejka die Lösung dieses Problems den Fachleuten zu überlassen.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde dieser Punkt der Tagesordnung mit Stimmenmehrheit angenommen.

GR. Mistingher (SPÖ) berichtete über ein Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds für die Errichtung von Wohnobjekten für Flüchtlinge auf dem Auhofgelände. Die Gemeinde hat dort Wohnungen für Flüchtlinge gebaut und der Bund hat sich bereit erklärt, ein Darlehen von rund 1,5 Millionen Schilling aus den Mitteln des genannten Fonds zu gewähren. Da über die Aufnahme von Darlehen der Gemeinderat beschließen muß, stellte der Referent den entsprechenden Antrag.

GR. Hausner (LBl.) sagte, daß in diese neu erbauten Baracken nicht Flüchtlinge untergebracht sind, sondern eine Reihe von Wienern und Wienerinnen. Er wies auch darauf hin, daß in diesem Lager, das als Provisorium gedacht ist, Menschen schon seit zwei und drei Jahren wohnen. Im übrigen gab der Redner die Zustimmung zu dem Antrag.

In seinem Schlußwort widersprach der Referent den Ausführungen des Debatteredners und bezeichnete sie als falsch. Er betonte auch, daß eine Reihe von Leuten aus dem Lager gar nicht herausgehen wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

(Da zu den einzelnen Tagesordnungspunkten nur mehr Redner des Linksblockes sprechen, verlassen die Gemeinderäte der großen Parteien bei den Ausführungen der Debatteredner in der folgenden Zeit demonstrativ den Saal.)

Stadtrat Mandl (SPÖ) referiert über die Zuführung des Überschusses aus dem Kulturgroschen an die Rücklagen. Er betont, daß dies ein formaler Akt sei, der jedes Jahr den Gemeinderat beschäftigen wird. Es handelt sich um jene Gelder, die erst nach

den Jahresabschluß einlangen und nicht mehr verwendet werden können. Wenn die Rücklage von 1,017.025 Schilling hoch erscheint, so hat dies die Ursache in dem Beschluß, den Kulturgroschen zu erhöhen, wodurch die Abrechnungen länger dauerten.

Dr. Matejka (LBl.) glaubt nicht, daß es sich hier um einen vorläufigen Akt handelt. Er spricht dann im einzelnen über die Verteilung des Kulturgroschens und bemängelt, daß für die Ausstellung "Unsere Schule" eine halbe Million Schilling gegeben wurde. Dies zeigt, daß der Kulturgroschen nicht nach einer Planung verteilt wird.

Der Redner stellt auch einen Antrag auf Subventionierung der "Scala" aus den Mitteln des Kulturgroschens und kritisiert in diesem Zusammenhang die Spielpläne des Theaters in der Josefstadt, das den Kulturgroschen bekommt.

Stadtrat Mandl widerlegt in seinem Schlußwort den Debatteredner mit einigen Ziffern. Bis September 1951 war erst ein Betrag von 2,177.000 Schilling des Kulturgroschens eingegangen, mit 21. Dezember waren es 3,674.000 Schilling. In Budget war ein Ansatz von drei Millionen für das Jahr 1951 vorgesehen, bis Ende des Jahres wurden aber mehr als vier Millionen Schilling ausgegeben. Die Million, die nun der Rücklage zugeführt wird, ist also jene, um die der Voranschlag überschritten wurde.

Was das Defizit der Schulausstellung betrifft, verweist der Referent auf die unter Dr. Matejka veranstaltete bedeutend kleinere Ausstellung "Wien baut auf", die ein Defizit von 380.000 Schilling hatte.

Als er nun vor der Frage stand, sechs Wiener Theater unzulänglich aus dem Kulturgroschen zu subventionieren, oder drei Theatern wirklich zu helfen, hat man die "Scala" deswegen ausgeschieden, weil die Besucherzahl im Verhältnis zu den anderen Bühnen überhaupt nicht in Erscheinung trat. Auch heuer hat man die Situation wieder untersucht. In den letzten acht Monaten bis 30. April 1952 wies gleichfalls die "Scala" den niedrigsten Prozentsatz an Besuchern auf. Während die Josefstadt durchschnittlich zu 49 Prozent besucht war, das Volkstheater zu 67 Prozent, und sogar das Stadttheater zu 45 Prozent, betrug der Prozentsatz bei der "Scala" nur 36 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt hat die Josefstadt von 230.000 Sitzen 159.000 verkauft, das Volkstheater von 443.000 Plätzen 298.000, das Stadttheater von 265.000 Plätzen, aber die "Scala" von 258.000 Plätzen nur 94.000 verkauft.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Dr. Matejka abgelehnt, der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Dinstl (SPÖ) berichtete über eine zeitliche Bausperre für die Donaustrom- und Donaukanallände, das Kaiquartier im 1. und 2. Bezirk, die Hafengebiete Albern und Lobau, die Schwechatregulierung in Verbindung mit dem Donau-Oder- und Donau-Adriakanal im Großraum Wien. Diese Bausperre wurde bereits am 13.7. 1951 begrenzt auf ein Jahr verhängt. Die daran interessierten Magistratsabteilungen haben um eine Verlängerung angesucht. Mit Zustimmung aller in Betracht kommenden Bezirksvorstellungen, die allerdings auch einige Wünsche in diesem Zusammenhang geäußert haben, wird nun dieser Antrag dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.

GR. Dr. Matejka (LBl.) verwies darauf hin, daß seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde. Nichtsdestoweniger möchte er einige grundsätzliche Bemerkungen machen, insbesondere in Bezug auf das Kaiquartier. Der Wiener Bevölkerung liege die Ausgestaltung des Kaiquartiers besonders am Herzen. Das Ersuchen der Bezirksvorstellung des 1. Bezirkes wenigstens eine provisorische Lösung durch Schaffung von Grünanlagen vorzunehmen, möge nicht ungehört verhallen. Diese könnten später ohne besondere Kosten leicht wieder in die beantragten Autoparkplätze umgestaltet werden. Es wäre begrüßenswert, wenn im Zusammenhang mit der Verlängerung der Bausperre, diesem Wunsch der Bezirksvorstellung Rechnung getragen würde.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Über eine Erhöhung der Bauzinse und Entgelte für von Genossenschaften verwaltete Siedlerstellen der Stadt Wien pro 1952 referierte GR. Swoboda (SPÖ). Er beantragte, eine Ermäßigung des in den Baurechtsverträgen vorgesehenen Bauzinses nur dann vorzusehen, wenn der vertragliche vereinbarte jährliche Bauzins 20.5 Groschen je Quadratmeter Baurechtsfläche übersteigt. In diesem Falle wird der Jahresbauzins mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1952 auf 20 Groschen je Quadratmeter Baurechtsfläche ermäßigt. Weiters wird das "Entgelt für die Benützung von Siedlerstellen der Stadt Wien" bei den durch gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften verwalteten Gemeindefriedungsanlagen mit Wirksamkeit vom 1.7.1952 mit 20 Groschen je Quadratmeter Siedlungsfläche jährlich festgesetzt. Schließlich beantragte der Referent die Gewährung der im

Jahre 1948 genehmigten Ermäßigung des "Bauzinses" bzw. "Entgeltes für die Benützung von Siedlerstellen der Stadt Wien" auch für die Jahre 1949 bis 1951 und für das 1. Halbjahr 1952.

GR. Hausner (LBl.) führte in der Debatte aus, daß die beantragte Erhöhung eine Härte für eine bestimmte Siedlergruppe bedeute. Sie sei ohne Rücksicht darauf, ob sich auch die Lebenshaltungskosten gesenkt haben, durchgeführt worden. Der Gedanke der Siedlungsförderung existiere schon lange nicht mehr und seine Fraktion stimme daher auch gegen diesen Antrag.

Der Referent verwies in seinem Schlußwort darauf, daß trotz dieser Angleichung noch immer auf fast 75 Prozent der Siedler die Ermäßigung Anwendung finde und nur ein Viertel von der Erhöhung betroffen werden.

Auch dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

GR. Lötsch (SPÖ) referierte über einen Tauschvertrag zwischen der Stadt Wien und dem Verband Wiener Arbeiterheime. Die Stadt Wien gibt sieben Objekte in einem Flächenausmaß von 12.750 Quadratmeter und einem Wert von 1,159.000 Schilling; sie erhält dafür 11 Objekte mit einer Fläche von 16.644 Quadratmeter und einem Wert von 1,162.000 Schilling.

GR. Dr. Altmann (LBl.) äußert Bedenken gegen den Vertrag und stellt im einzelnen fest, daß alle Abrundungen nach unten zu Lasten der Stadt Wien und alle Aufrundungen zugunsten des Verbandes bei der Einschätzung der Grundstücke vorgenommen wurden. Er verlangt daher in einem Antrag, das Kontrollamt möge den Tauschvertrag überprüfen und dem Gemeinderat Bericht erstatten.

GR. Lötsch betont in seinem Schlußwort, daß die Tauschpartner diesen Vertrag in langen Verhandlungen sorgsam geprüft hätten und zu dem vorgelegten Ergebnis gekommen sind. Selbstverständlich können in der Bewertung der Objekte Differenzen aufscheinen, weil es auf beiden Seiten verschiedene Ansichten gibt. Diese auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, ist Aufgabe der Verhandlungen gewesen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Dr. Altmann abgelehnt, der Antrag des Referenten ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Sigmund (SPÖ) brachte einen Antrag auf Gewährung einer Subvention von 10.000 S an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung durch die Gemeinde Wien - Städtische Bestattung für das Geschäftsjahr 1952 ein.

In der Debatte sprach sich GR. Dr. Soswinski (LBl.) gegen die Gewährung dieser Subvention durch die Städtische Bestattung aus. Es sei merkwürdig, daß die Städtische Bestattung diese Subvention gewähre, wo doch das Wirtschaftsforschungsinstitut den Antrag an die Gemeinde Wien gestellt habe. Wahrscheinlich geschieht dies aus steuerrechtlichen Gründen. Diese Subventionspolitik führe auf Wege, die nicht begangen werden dürfen. Seine Fraktion lehne daher diesen Antrag ab.

Der Berichterstatter verzichtete auf das Schlußwort. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

GR. Skokan (ÖVP) referierte über die Erweiterung der Autobusverbindung Grinzing-Kahlenberg nach Klosterneuburg-Weidling (Bahnhof). Dies entspräche einem Bedürfnis der Wiener Bevölkerung vor allem an Sonn- und Feiertagen. Der Fahrpreis wird für die Talfahrt Kahlenberg nach Klosterneuburg 2.50 S, für die Bergfahrt 3.50 S, für die Hin- und Rückfahrt 5.50 S betragen.

GR. Lauscher (LBl.) begrüßte namens seiner Fraktion diese Erweiterung des Autobusverkehrs, brachte jedoch einen Antrag auf Einführung von ermäßigten Kinderfahrtscheinen ein.

In seinem Schlußwort beantragte der Referent den Antrag des GR. Lauscher der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Der Antrag des Referenten sowie die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrages des GR. Lauscher wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) referierte über den Bau einer Gemeinschaftsanlage für die Mieter der Wohnungen, die im Schnellbauprogramm in der Siemensstraße errichtet wurden. Die Anlage umfaßt einen kleinen Saal mit 370 Sitzplätzen sowie die notwendigen Nebenräume; sie soll der Gesamtheit der Mieter dienen. Das Projekt stellt eine Ergänzung des Schnellbauprogrammes dar. Die Kosten betragen 650.000 Schilling.

GR. Hausner (LBl.) begrüßt es, wenn für die Bewohner der städtischen Wohnhausanlagen Gemeinschaftsräume errichtet werden. Die Anlagen sollnaber wirklich allen Mietern dienen und daher in der Verwaltung der Gemeinde Wien bleiben. Der Redner stellt den Antrag, daß solche Gemeinschaftsräume allen Mietern ohne Unterschied der Partei, der Weltanschauung oder Konfession zur Verfügung stehen müssen und eine Übertragung der Anlage an eine Partei in keinerlei Form stattfinden dürfe.

Stadtrat Thaller ersucht in seinem Schlußwort, den Antrag

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen, der Antrag des Debattenredner der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Ferner referierte Stadtrat Thaller über die Erhöhung eines seinerzeit vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Sachkredites für die Errichtung von Objekten für das Flüchtlingslager im Auhof um 900.000 Schilling auf 4.5 Millionen Schilling.

GR. Hausner (LBl.) stellt dazu nochmals fest, daß in den Objekten, die nur Flüchtlinge aufnehmen sollen, tatsächlich, wie er an anderer Stelle ausgeführt hat, Wiener wohnen.

Stadtrat Thaller teilt im Schlußwort mit, es sei ihm zu so vorgerückter Stunde unmöglich, dies im Wohnungsamt nachprüfen zu lassen. Er betont aber nochmals, daß im Auhof prinzipiell nur Flüchtlinge eingewiesen werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die restlichen Geschäftsstücke der Tagesordnung werden nun ohne Debatte referiert und einstimmig angenommen.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) berichtet über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes in Schönbrunn, weil dort die Bundesversuchsanstalt für Forstwirtschaft im Park untergebracht werden soll.

Vizebürgermeister Honay referiert über eine Änderung des Übereinkommens zwischen der Stadt Wien und dem Verband der geistlichen Krankenpflegerinnen, durch die verschiedene Wünsche der 1.200 in den städtischen Krankenanstalten beschäftigten geistlichen Schwestern erfüllt werden.

GR. Lötsch (SPÖ) referiert über den Abschluß eines Kaufvertrages zwischen der Stadt Wien und der Wiener Firma Elektrokeramik Wien.

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Referat und somit auch ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich die Errichtung von neun neuen städtischen Wohnhausanlagen mit zusammen 1061 Wohnungen und 10 Geschäftslokalen mit einer Gesamtkostensumme von über 70 Millionen Schilling; der Wiederaufbau der Brücke über den Mitterbach in Schwechat; die Kosten der Baurate 1952 für den Wiederaufbau der Rotundenbrücke über den Donaukanal; die Neufestsetzung der Größengrenze für die Kinderkarten in den städtischen Bädern von 1.30 m auf 1.50 m, welche Regelung am 22. Juli in Kraft tritt; die Errichtung einer Forschungsstelle für Wohnen

und Bauen; die Auflassung des Mareschwehres und Zuschüttung des Mühlbaches in Liesing; die Errichtung eines Schulpavillons in Sittendorf im 24. Bezirk; der Wiederaufbau des städtischen Theresienbades in Meidling; außerdem zahlreiche Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Ankauf, Tausch und Verkauf von Grundstücken sowie der Wiederaufbau zahlreicher städtischer Wohnhäuser.

Damit war die Tagesordnung nach fast fünfzehnstündiger ununterbrochener Sitzung erledigt. Es war dies die längste Sitzung seit 1945.

Bürgermeister Jonas teilt mit, daß in der nächsten Zeit wahrscheinlich keine Sitzungen abgehalten werden. Dringende Verfügungen werden gegen nachträgliche Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat gemäß § 99 der Verfassung durch den Stadtsenat oder nach § 93 durch den Bürgermeister direkt getroffen werden. Abschließend wünschte der Bürgermeister allen Mitgliedern des Gemeinderates gute Erholung und dankte ihnen für die bisher geleistete Arbeit. Um 1.30 Uhr nachts schließt der Bürgermeister die öffentliche Sitzung.

Keine neuen Paratyphusfälle im Lehenhof

=====

19. Juli (RK) Außer den sieben bereits gemeldeten an Paratyphus erkrankten Kindern im Kindererholungsheim Lehenhof, sind keine neuen Fälle hinzugekommen. Es sind nur zwei sogenannte positive Erkrankungen zu verzeichnen; das Befinden der Kinder im Krankenhaus Scheibbs ist nach wie vor gut.

Voraussichtlich wird auf Grund der ärztlichen Verfügung die Quarantäne mit 28. Juli aufgehoben werden können.

Verkauf von unreifem Obst

=====

19. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien hat festgestellt, daß unreifes Obst in- und ausländischer Herkunft feilgehalten wird, ohne daß diese Ware als für den unmittelbaren Genuß ungeeignet entsprechend gekennzeichnet ist. Das Marktamt macht daher die Händler darauf aufmerksam, daß solches Obst besonders zu bezeichnen ist - z.B. "nur zum Verkochen geeignet" - und selbstverständlich auch bei der Preisfestsetzung auf den Zustand der Ware Rücksicht zu nehmen ist.

Inbetriebnahme der Autobuslinie Klosterneuburg, Weidling -
 =====

Leopoldsberg
 =====

19. Juli (RK) Von Sonntag, den 20. Juli, an wird wie berichtet, an schönen Sonn- und Feiertagen versuchsweise ein Autobusverkehr von Klosterneuburg Weidling, Bahnhof, auf den Leopoldsberg und Kahlenberg eingerichtet.

Fahrpreise: Klosterneuburg Weidling - Leopoldsberg und Kahlenberg in der Bergfahrt 3.50 S, von Kahlenberg und Leopoldsberg nach Klosterneuburg Weidling, Bahnhof, in der Talfahrt 2.50 S, Klosterneuburg Weidling, Bahnhof - Leopoldsberg - Kahlenberg und zurück nach Klosterneuburg Weidling, Bahnhof, oder umgekehrt, Hin- und Rückfahrchein 5.50 S, Gepäck- und Hundefahrchein 1.50 S. Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahr, für die kein besonderer Sitzplatz benötigt wird, werden unentgeltlich befördert.

Pferdemarkt vom 17. Juli
 =====

19. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 22 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 18 verkauft, unverkauft blieben 4. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr war flau.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 8, Burgenland 9.

"Debla, das Lied der Zigeuner"
 =====

19. Juli (RK) Unter Hinweis auf die von der heutigen "Österreichischen Volksstimme" aufgestellten Behauptung, daß der in Spanien hergestellte Film "Debla, das Lied der Zigeuner" von der Kiba nach Österreich eingeführt wurde, teilt die Geschäftsleitung dieses Unternehmens mit, daß die Kiba mit der Einfuhr dieses Films überhaupt nichts zu tun hat. Der Film wird auch in keinem Kiba-Kino sondern in einem Privatkino gespielt.

Alfred Grünfeld - Alma Johanna König
=====

Zwei kleine Gedenkausstellungen im Wiener Rathaus

19. Juli (RK) Ab 21. Juli ist im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek 1., Neues Rathaus, 1. Stock, anlässlich des 100. Geburtstages von Alfred Grünfeld und des 10. Todestages der Dichterin Alma Johanna König eine Zusammenstellung von Bildern, Manuskripten und Büchern zu sehen. Grünfelds Bedeutung nicht nur als Pianist sondern auch als Komponist wird durch eine Anzahl von Notenhandschriften illustriert. Von Alma Johanna König, der 1942 tragisch zugrunde gegangenen Dichterin, zeigt die Stadtbibliothek zum ersten Mal eine Anzahl von Handschriften und Bildern aus ihrem Leben. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 18.30 Uhr (Samstag von 9 bis 12 Uhr) bei freiem Eintritt bis zum 29. Juli geöffnet.

Die Platzkonzerte des Wiener Stadtmusikvereines
=====

19. Juli (RK) Zu dem in mehreren Tageszeitungen erschienenen Artikeln betreffend die Abhaltung von Platzkonzerten durch den Wiener Stadtmusikverein stellt der Magistrat fest, daß eine Strafverfügung wegen Bettelmusizierens (gem. § 118 Abs. 5 des Wiener Theatergesetzes) gegen den genannten Verein nicht ergangen ist. Wohl ist gegen den Wiener Stadtmusikverein, veranlaßt durch zahlreiche Beschwerden aus dem Publikum, der Geschäftswelt, von Hausparteien und Straßenpassanten wegen Belästigung beim Einsammeln von Spenden, sowie aus straßenpolizeilichen Gründen wegen Behinderung des Verkehrs ein Verfahren im Gange, das jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Es ist in diesem Zusammenhang nicht zu verkennen, daß sich die Leitung des Wiener Stadtmusikvereines zu dem Zweck an die Öffentlichkeit wandte, um das anhängige Verfahren zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dies umsomehr, als sich die wiederholten Behauptungen des Vereines, seine Tätigkeit diene ausschließlich der Beschäftigung arbeitsloser oder mittelloser Musiker, durch die diesbezüglichen Erhebungen der Polizeidirektion als unrichtig herausgestellt haben.

Der "Praterkönig" gestorben

=====

19. Juli (RK) Der populäre Wiener Praterunternehmer Friedrich Holzdorfer sen. ist heute vormittag nach längerem Leiden im Alter von 59 Jahren gestorben. Holzdorfer führte im Volksmund den Beinamen "Praterkönig". Er besaß vor dem Krieg 12 große Unternehmen. Seine bekanntesten Attraktionen waren Flugbahn, Autodrom und Geisterbahn. Die Modernisierung des Volkspraters durch Neueinführung zeitgemäßer Volksbelustigungen in den dreißiger Jahren war in der Hauptsache das Verdienst Holzdorfers.